LZ-Rheinland

Artikel vom 22.05.2021 · Ausgedruckt am 12.11.2026, 15:48 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/gentechnik-debatte-geht-weiter

Gentechnik-Debatte geht weiter



Foto: pixabay

Die Modernisierung des EU-Gentechnikrechts sorgt weiterhin für Debatten auf dem europapolitischen Parkett. Die kürzlich von der Brüsseler Kommission vorgestellte Studie zur Regulation neuer gentechnischer Verfahren war in der vergangenen Woche Gegenstand einer Anhörung im Umweltausschuss des Europaparlaments. Ein Vertreter der Behörde bekräftigte dabei, dass die neuen Züchtungstechniken eine Reihe sehr unterschiedlicher Verfahren umfassten und somit keine allgemeingültige Aussage zur den Risiken und ihrer Bewertung getroffen werden könne. Weder wolle man auf das Vorsorgeprinzip verzichten noch von der Notwendigkeit von Risikobewertungen abrücken. Man werde jetzt den Rahmen für eine geeignete Regulation erarbeiten, was jedoch nicht bedeute, dass alle Verfahren den gleichen Anforderungen unterliegen sollten.

Die Europaparlamentarier bekräftigten im Rahmen der Anhörung ihre jeweiligen Positionen. Der Agrarsprecher der Europäischen Volkspartei (EVP), Herbert Dorfmann, forderte eine politische Debatte zwischen Kritikern und Befürwortern. Neben wissenschaftlichen Erkenntnissen müssten auch ethische Fragen und die Ansprüche der Verbraucher berücksichtigt werden. Laut Dorfmann muss der Weg zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft auch den Einsatz neuer gentechnischer Verfahren beinhalten, etwa zur Erzeugung schädlingsresistenterer Pflanzen. Weniger geschlossen präsentierte sich die liberale Fraktion Renew Europe (RE). Der Abgeordnete Martin Hojsík

pochte auf das Vorsorgeprinzip als Grundlage der Politik. Sein niederländischer Fraktionskollege Jan Huitema sieht in den neuen Verfahren derweil eine wichtige Ergänzung der klassischen Pflanzenzüchtung. Nach Ansicht von Marco Dreosto von der Fraktion Identität und Demokratie (ID) sind die neuen Züchtungsverfahren nicht als Gentechnik einzustufen. Die bestehende Gesetzgebung bezeichnete der ID-Abgeordnete als „überholt“.